

Antrag A4004: Außenpolitische Geisterfahrt beenden: Europas Antwort auf Systemrivale China

Antragsteller/in: Bundesvorstand der Jungen Liberalen

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 Außenpolitische Geisterfahrt beenden: Europas

2 Antwort auf Systemrivale China

3 In den letzten Jahrzehnten erfuhr die Volksrepublik China ein weltweit
4 beispielloses wirtschaftliches Wachstum. Als Freie Demokraten begrüßen wir
5 es, dass Millionen von Chinesen auf diese Art und Weise den Weg aus der
6 Armut finden konnten und weiterhin finden werden.

7 Dennoch müssen wir auch 20 Jahre nach dem Beitritt der Volksrepublik China
8 zur Welthandelsorganisation feststellen, dass das Land in puncto
9 Marktöffnung nicht nennenswert vorangekommen ist. Viel mehr noch hat das
10 Jahrhundertprojekt der "Neuen Seidenstraße" den Anspruch, neben der
11 Stärkung des globalen und wirtschaftlichen Einflusses, das politische
12 System der Volksrepublik China in all seinen Facetten und mit all seinen
13 Werten weltweit Geltung zu verschaffen. Mit der "Belt and Road" Initiative
14 hat die Volksrepublik China den Anspruch, zum ersten Mal seit Ende des
15 Kalten Krieges den globalen Wertekanon Demokratie, Marktwirtschaft,
16 Rechtsstaatlichkeit weltweit in Frage zu stellen – auf kurz oder lang wird
17 sich Europa diesem Systemwettbewerb stellen müssen.

18 Wir Freie Demokraten konstatieren, dass weder die Bundesrepublik
19 Deutschland noch die Europäische Union bisher eine ausreichende, geschweige
20 denn umfangreiche Antwort auf die Ansprüche der Volksrepublik China
21 liefert. Wollen wir aber auch zukünftig die liberale Welt mit Demokratie,
22 Marktwirtschaft und Rechtsstaatlichkeit stärken, ist eine klare
23 außenpolitische Haltung zur Volksrepublik China notwendig.

24 Wir Freie Demokraten fordern deswegen:

25 1. Ein geeintes Europa als Antwort auf die Volksrepublik 26 China

27 Weder die Europäische Union noch die einzelnen Mitgliedstaaten sind ohne
28 völlige Einheit gegenüber der Volksrepublik China ein Gesprächspartner auf
29 Augenhöhe.

30 Insbesondere bilaterale und subregionale Frameworks der Zusammenarbeit, wie
31 das vom chinesischen Außenministerium ins Leben gerufene 17+1 Format, haben
32 eine Pflicht, sich nicht nur an europäische Gesetze und Regeln zu halten,
33 sondern auch, zur Wahrung gesamteuropäischer Interessen, ausschließlich in
34 Abstimmung mit den anderen Mitgliedstaaten sowie der europäischen
35 Kommission Abkommen zu schließen. Ein solches Verhalten wird ebenfalls zur
36 Transparenz und Akzeptanz der gegenseitigen Interessen beitragen.

37 Auch die Staaten des Balkans müssen ohne EU-Mitgliedschaft stärker an die
38 Europäische Union gebunden und vom Klammergriff der Volksrepublik China
39 befreit werden. Deshalb fordern wir die schnellere Umsetzung der
40 zugesicherten Visafreizügigkeit in die EU. Alle Staaten des Balkans sollen
41 eine Mitgliedsperspektive für die Europäische Union erhalten. Wir fordern
42 daher die Umleitung der für die Türkei vorgeplanten Heranführungshilfe für
43 EU-Beitrittskandidaten zugunsten der Balkanstaaten. Die Ausschüttung von
44 EU-Fördergeldern muss aber auch an die Einhaltung von europäischen
45 Ausschreibenormen gekoppelt sein. Infrastrukturprojekte, die durch
46 chinesische Firmen umgesetzt wurden und werden, sind hier wiederholt
47 negativ aufgefallen.

48 Zusätzlich soll den Ländern des Balkans die Möglichkeit zur NATO-
49 Mitgliedschaft gegeben werden. So soll den Ländern signalisiert werden,
50 dass eine Mitgliedschaft in den Institutionen des Westens erreichbar ist,
51 und geostrategischer Einflussnahme der Volksrepublik Chinas (und auch
52 Russlands) entgegengewirkt werden.

53 **2. The New Great Game – Eine Europäische** 54 **Konnektivitätsstrategie**

55 Die "Belt and Road" Initiative der Volksrepublik China ist das
56 ambitionierteste Infrastrukturprojekt des 21. Jahrhundert. Mit Hilfe dieser
57 Initiative hat Xi Jinping den Anspruch, die Volksrepublik China zu nicht
58 weniger als dem neuen Zentrum der Welt zu machen. Das nach außen
59 kommunizierte "Win-Win-Projekt für alle" nimmt schon jetzt global massiven
60 Einfluss auf die politische Lage.

61 Auf dem europäischen Kontinent hat die Volksrepublik China mit dem Hafen in
62 Piräus den einzigen Tiefwasserhafen zwischen Sueskanal und Bosphorus
63 gekauft. Nicht nur geographisch gesehen war der Kauf ein Coup für die
64 Volksrepublik China: Die Investitionen führten dazu, dass Griechenland
65 gegen eine Abgabe eines gemeinsamen europäischen Statements zur
66 Menschenrechtsslage in der Volksrepublik China im UN-Menschenrechtsrat
67 stimmte.

68 Die politischen Zugeständnisse werden oftmals über eine beispiellose
69 finanzielle Abhängigkeit geschaffen, wie etwa das Beispiel Laos offenbart.
70 Die kaum rückzahlbaren Kredite chinesischer Banken werden durch politische
71 Gefälligkeiten getilgt. So hält der Staat Laos der Volksrepublik China im
72 Kreise der ASEAN-Staaten schon jetzt den Rücken frei, wenn es um
73 zweifelhafte Besitzansprüche im Südchinesischen Meer geht.
74 Die wenigen Beispiele verdeutlichen, dass eine europäische Alternative zur
75 Belt and Road Initiative von dringender Notwendigkeit ist. Hierzu bedarf es
76 einer europäischen Konnektivitätsstrategie, die an klaren Standards
77 orientiert ist. Eine solche Strategie verfolgt einerseits das Ziel, den
78 europäischen Kontinent noch näher zusammenzubringen, andererseits muss sie
79 den europäischen Ansatz für eine nachhaltige Konnektivität weltweit
80 etablieren. Insbesondere ist dazu der konsequente Ausbau des
81 transeuropäischen Transportnetzes voran zu treiben. Besonderes Augenmerk
82 soll hier auf die Vernetzung der großen europäischen Warenumschlagsplätze
83 durch das Schienennetz gerichtet werden. Hierfür muss die Kooperation
84 zwischen den Mitgliedsstaaten in diesem Bereich verstärkt werden.

85 Folgende, sich in diesem Antrag nicht notwendigerweise
86 erschöpfende, Maßnahmen sollten in einer europäischen
87 Konnektivitätsstrategie unbedingt berücksichtigt werden:

- 88 • Schaffung neuer Verkehrsverbindungen über Europa bis nach Asien und
89 Afrika
- 90 • Ausbau der digitalen Netze weltweit
- 91 • Ein Handlungskonzept für Zentralasien
- 92 • Zielgerichtete Investitionen in den Chancenkontinent Afrika
- 93 • Die Schaffung weiterer Freihandelszonen weltweit

94 Die europäische Strategie muss sich in ihren Charakteristika entscheidend
95 von der chinesischen Belt and Road Initiative unterscheiden. Intransparente
96 Auftragsvergabeverfahren und den Einsatz von ausschließlich nicht-
97 heimischen Arbeitskräften lehnen wir deswegen entschieden ab.

98 **3. Europäische Investitionskontrolle**

99 Wir begrüßen die Einführung der europäischen, sowie die Verschärfung der
100 deutschen Investitionskontrolle zur Bewahrung kritischer Inputs, kritischer
101 Technologie sowie kritischer Infrastruktur. Eine weitere europäische
102 Vereinheitlichung des FDI-Screenings ist zum effektiven Schutz vor
103 Beeinträchtigung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit unabdingbar. Die
104 eingeführte Meldepflicht für Mitgliedsstaaten sowie die Kontrolle durch die

105 europäische Kommission sind ein erster Schritt, mittelfristig muss die
106 Prüfungsbefugnis der Kommission auch die Beschränkung und Untersagung von
107 Investitionen beinhalten.

108 **4. Kein Ausverkauf der Infrastruktur**

109 Der Ausbau des 5G-Mobilfunknetzes durch chinesische Firmen wie Huawei ist
110 abzulehnen. Deutschland darf sich nicht durch den Ausverkauf von
111 Infrastruktur in eine Abhängigkeit zur Volksrepublik China begeben. Wie
112 weit die Abhängigkeiten reichen, wenn ein Staat elementar wichtige
113 Infrastruktur an die Volksrepublik China verkauft, ist am Beispiel
114 Griechenlands ersichtlich: die Volksrepublik China hält mittlerweile hohe
115 Anteile am griechischen Stromnetz und zudem den Hafen Piräus in Staatshand.
116 Griechenland fällt es in der Folge immer schwerer, sich bei gemeinsamen
117 europäischen Entscheidungen gegen den chinesischen Staat zu wenden. Bei
118 Erwerb entsprechender Infrastruktur von Körperschaften aus Nicht-NATO-
119 Mitgliedsstaaten muss daher eine Sicherheitsprüfung von entsprechenden
120 Stellen in der EU unternommen werden.

121 **5. Erzwungene Technologietransfers beenden**

122 Neben dem Schutz kritischer Technologien durch effektive
123 Investitionskontrolle innerhalb des Unionsgebiets muss die europäische
124 Union weiterhin konsequent gegen WTO-Regelverstöße der Volksrepublik
125 vorgehen. Erzwungene Technologietransfers als Voraussetzung für den
126 Eintritt in den chinesischen Markt stellen nicht nur eine Bedrohung für die
127 zukünftige Wettbewerbsfähigkeit europäischer Firmen dar, sondern
128 unterstützen im Rahmen von Dual-Use-Technologien auch den chinesischen
129 Sicherheits- und Militärapparat. Die eingeschränkte Vertragsfreiheit,
130 unzulängliche Transparenz und mangelhafte Investitions- und
131 Rechtssicherheit sind Gift für den Schutz geistigen Eigentums. Weiterhin
132 fordern wir die Aufhebung des „Joint-Venture-Zwangs“ für
133 Schlüsselindustrien.

134 **6. Politische Einflussnahme auf Hochschulen unterbinden**

135 Besonders bedenklich ist der wachsende Einfluss sog. Konfuzius-Institute an
136 Hochschulen. Hierbei handelt es sich um von der Volksrepublik China
137 kontrollierte Einrichtungen, die unter dem Deckmantel des kulturellen
138 Austausches und der Sprachvermittlung den außenpolitischen Zielen der
139 Volksrepublik China dienen. Wenn akademisches Personal von einer fremden
140 Macht abhängig ist, wenn die Grenze von Wissenschaft und Propaganda
141 verwischt wird, wenn politisch-ideologische Forderungen mit dem Schein der

142 Objektivität umgeben werden, ist die Wissenschaftsfreiheit in Gefahr. Die
143 Volksrepublik China ist kein EU-Mitgliedsland, kein Strategischer Partner,
144 sondern ein systemischer Rivale, der daran arbeitet, das politische System
145 der Volksrepublik China mit all seinen Facetten und mit all seinen Werten
146 weltweit zu etablieren. Auf diese zunehmend aggressive Negation der offenen
147 Gesellschaft muss entschlossen reagiert werden. Denn die Wissenschaft als
148 Institution ist untrennbar mit dem liberalen Rechtsstaat verbunden, und
149 eine Wissenschaft, die sich in den Dienst einer totalitären Macht stellt,
150 gibt sich selbst preis.

151 Wir Freie Demokraten fordern daher, die Zulassung und den Fortbestand von
152 Konfuzius-Instituten an allen Hochschulen mit größtmöglicher Sorgfalt zu
153 evaluieren. Hochschulen werden verpflichtet, direkte oder indirekte
154 Mittelzuwendungen aus dem außereuropäischen Ausland skrupulös zu erfassen
155 und transparent zu veröffentlichen.

156 Voraussetzung für die Einrichtung solcher durch Drittstaaten finanzierter
157 Institute ist

- 158 1. die vollständige Offenlegung aller finanziellen Verhältnisse gegenüber
- 159 der Hochschule,
- 160 2. Arbeitsverhältnisse, die eine hinreichende Gewähr für die
- 161 Unabhängigkeit der Forschenden und Lehrenden bieten,
- 162 3. der Ausschluss der Weitergabe sensibler Informationen,
- 163 4. der fortlaufende Nachweis ernsthafter Forschung und Lehre.

164 Die Nachrichtendienste sollen verstärkt Erkenntnisse zu
165 Infiltrationsstrategien fremder Mächte im Hochschulbereich sammeln.

166 **7. Internationale Gewässer schützen**

167 Fast ein Drittel des internationalen Handelsvolumens passiert das
168 Südchinesische Meer, wodurch sowohl der de jure als auch der de facto
169 Erhalt des Meeres als internationales Gewässer von vitalem Interesse ist.
170 Wir unterstützen deswegen ausdrücklich die Bemühungen der Vereinigten
171 Staaten von Amerika, die internationalen Gewässer im Südchinesischen Meer
172 sowie die internationale Schifffahrt durch die Durchsetzung des Freedom of
173 Navigation Prinzips, mithilfe demonstrativer Durchfahrt vor der
174 Vereinnahmung durch die Volksrepublik China zu schützen. Deutschland sowie
175 die Europäische Union sollen zwischen den Mitgliedsstaaten der ASEAN für
176 eine gemeinsame Positionierung bezüglich der Territorialansprüche im
177 Südchinesischen Meer vermitteln.

178 **8. Abschaffung der Entwicklungshilfe für China**

179 Trotz des rasanten wirtschaftlichen Aufstiegs und dem Status als Staat mit
180 der größten Kaufkraft weltweit ist die Volksrepublik China immer noch
181 Empfänger deutscher Entwicklungshilfe. Wir finden: Das Geld inklusive
182 seiner günstigen Kreditvergaben wäre woanders besser investiert.
183 Die Freien Demokraten fordern das Ende jeglicher finanziellen
184 entwicklungspolitischen Maßnahmen aus Deutschland an staatliche
185 Institutionen der Volksrepublik China. Internationale Bildungs- und
186 Menschenrechtsorganisationen (wie die politischen Stiftungen) können
187 weiterhin gefördert werden.

188 **9. Die Würde des Menschen auch in Xinjiang verteidigen**

189 Die Menschenrechtslage in Xinjiang ist nach Einschätzung weltweiter
190 Experten katastrophal. Die Angehörigen der uighurischen Volksgruppe werden
191 nicht nur an der Ausübung ihrer Religion gehindert, sie werden
192 millionenfach in Gefängnislagern interniert, wo sie unmenschlichen
193 Bedingungen und zahlreichen Verletzungen ihrer Menschenrechte ausgesetzt
194 sind. Wir Freie Demokraten verurteilen diese brutale Unterdrückung der
195 uighurischen Volksgruppe scharf. Kritischen Stimmen und Berichterstattung
196 wird durch Einreiseverweigerung in die genannte Region aber ein Riegel
197 vorgeschoben. Nach dem Prinzip der diplomatischen Gegenseitigkeit wollen
198 wir jenen chinesischen Funktionären die Einreise in die Europäische Union
199 verweigern, die EU-Diplomaten, Journalisten, Menschenrechtlern und NGOs den
200 Zugang zu Tibet und Xinjiang verwehren. Ebenso fordern wir die
201 Bundesregierung auf Journalismus- und Medienprojekte von Exil-Uiguren, die
202 dem Zweck dienen globale Aufmerksamkeit für die Lage in Xinjiang zu wecken
203 oder in Xinjiang selbst unabhängige Informationen bereitzustellen (wie etwa
204 das entsprechende Projekt bei dem Radio Free Asia Sender), finanziell zu
205 unterstützen. Ebenso fordern wir die Bundesregierung auf diese
206 Menschenrechtsverbrechen in den Gesprächen mit chinesischen
207 Regierungsvertretern offensiv anzusprechen, und sich für die Belange der
208 Opfer einzusetzen. In diesem Sinne ist es dringend notwendig, eine
209 gemeinsame europäische Position und Haltung in dieser Frage zu entwickeln,
210 und als EU diese Verbrechen zu verurteilen. Sofern die Regierung der
211 Volksrepublik China nicht ihren Kurs korrigiert und grobe
212 Menschenrechtsverletzungen in diesem Ausmaß unterlässt, ist die
213 Bundesregierung dazu aufgerufen auf einen europäischen Sanktionskatalog
214 gegenüber Volksrepublik hinzuwirken. Hier muss Europa offensiv für die
215 Würde des Menschen eintreten, und ethnisch motivierter Verfolgung die Stirn
216 bieten. Deshalb fordern wir die Schaffung eines europäischen Magnitsky
217 Acts, um die Verantwortlichen für Menschenrechtsverletzungen persönlich zu

218 sanktionieren.

219 Auch deutsche und europäische Unternehmen müssen sich ihrer Verantwortung
220 bewusst sein. Es darf nicht zu Kooperationen mit chinesischen Sicherheits-
221 oder Militärbehörden kommen, die zu Menschenrechtsverletzungen führen. Dem
222 ist notfalls auch mit legislativen Schritten seitens Deutschlands oder der
223 EU zu begegnen, um eine derartige Zusammenarbeit zu verhindern.

224 **10. Unterstützung der Zivilgesellschaft in Hongkong**

225 Die massiven Proteste der letzten Wochen und Monate bezüglich des geplanten
226 Auslieferungsgesetzes an die Volksrepublik China in Hongkong zeigen, mit
227 welchen starken Spannungen zwischen der Volksrepublik China und der
228 Sonderverwaltungszone Hongkong auf Jahre hinaus zu rechnen ist.

229 Für uns Freie Demokraten ist dabei klar, dass wir hinter der
230 Zivilbevölkerung Hongkongs stehen und das Streben nach Demokratie,
231 Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit unterstützen. Wir verurteilen
232 jegliche Eingriffe der Volksrepublik Chinas in die Presse-, Meinungs- und
233 Demonstrationenfreiheit und solidarisieren uns mit den Demonstrierenden in
234 Hongkong. Ihre Forderungen, den Entwurf des Auslieferungsgesetzes
235 zurückzuziehen, freie Wahlen in Hongkong stattfinden zu lassen und der
236 Achtung aller weiteren in der "Basic Law" garantierten Grundrechte sind
237 berechtigt. Gemäß der Sino-British Joint Declaration stellen sie eine
238 völkerrechtliche Verpflichtung der Volksrepublik China dar. Die
239 internationale Gemeinschaft muss aus diesem Grund auf die Einhaltung jener
240 völkerrechtlichen Verpflichtung pochen.

241 Zudem fordern wir auf UN-Ebene eine lückenlose und transparente Aufklärung
242 der gewaltsamen Niederschlagungen von Demonstrationen. In diesem
243 Zusammenhang muss ebenfalls geklärt werden, ob die Volksrepublik China
244 durch Polizisten und V-Männer vor Ort Demonstranten blutig niedergeschlagen
245 hat.

246 Das Prinzip "Ein Land, zwei Systeme" und damit auch die Freiheitsrechte der
247 Bürgerinnen und Bürger Hongkongs sind bis 2047 befristet. Wir schließen uns
248 daher den Forderungen der Hongkonger Demokratiebewegung an, dass die
249 Hongkongerinnen und Hongkonger nach 2047 in einer freien Abstimmung über
250 ihre Zukunft entscheiden und zwischen einer Fortsetzung der Autonomie,
251 einer Eingliederung in die Volksrepublik China und der Unabhängigkeit
252 Hongkongs wählen können.

253 **11. Bekenntnis zu Taiwan**

254 Wir Freie Demokraten setzen uns für die volle völkerrechtliche Anerkennung

255 Taiwans ein. Ebenfalls fordern wir eine weitere Vertiefung der Beziehungen
256 über transnationale Organisationen und der Kooperationen in Forschung und
257 Wissenschaft. Dazu soll das Deutsche Institut in Taipei den Status einer
258 diplomatischen Vertretung erhalten und es müssen auch offiziell
259 diplomatische Beziehungen zu Taiwan aufgenommen werden.

260 **12. Unabhängigkeit für Tibet**

261 Die EU darf die Souveränität der Volksrepublik China über Tibet nicht
262 anerkennen. Das historische Tibet in seinen Grenzen von vor 1951 ist ein
263 völkerrechtswidrig annektiertes Gebiet. Deshalb fordern wir die EU dazu
264 auf, diplomatische Beziehungen zur Tibetischen Exilregierung aufzunehmen
265 und diese offiziell anzuerkennen. Die Nachfolge oder Reinkarnation von
266 tibetisch-buddhistischen Führern, einschließlich eines zukünftigen 15.
267 Dalai-Lama, ist eine ausschließlich religiöse Angelegenheit, die
268 ausschließlich von der tibetisch-buddhistischen Gemeinschaft durchgeführt
269 werden sollte. Jegliche staatliche Einmischung – insbesondere der
270 Volksrepublik Chinas – muss unterbunden werden. Chinesische Beamte, die
271 sich in den Prozess der Anerkennung eines Nachfolgers oder der
272 Reinkarnation des Dalai-Lama einmischen, sind mit gezielten finanziellen,
273 wirtschaftlichen und visabezogenen Sanktionen zu belegen.

274 **13. Allianz Liberaler Demokratien**

275 Die Herausforderung, vor die die Volksrepublik China, liberale Demokratien
276 auf der ganzen Welt stellt, bedarf einer globalen Antwort. Deshalb fordern
277 wir die Gründung einer Allianz Liberaler Demokratien. Damit wollen wir ein
278 Forum schaffen, in dem sich demokratische Staaten aus aller Welt
279 koordinieren können, um gemeinsam den Schutz der Menschenrechte, den
280 Frieden auf der Welt und die regelbasierte internationale Ordnung zu
281 fördern. Die Beitrittsvoraussetzungen sollen sich im Hinblick auf
282 Demokratie und Rechtsstaatlichkeit an den Kopenhagener Kriterien
283 orientieren.

284 **14. Klimaschutz gemeinsam denken**

285 Auch wenn viele Unterschiede und Konflikte zwischen Europa und der
286 Volksrepublik China bestehen, müssen wir doch gemeinsam an einer Lösung für
287 den Klimawandel arbeiten. Ohne die Volksrepublik China werden die Pariser
288 Klimaziele nicht erreichbar sein. Deshalb muss die Europäische Union in
289 Verhandlungen mit der Volksrepublik China treten, um eine gemeinsames CO2-
290 Bepreisungssystem zu entwickeln. Zu bevorzugen wäre hier ganz klar eine
291 gemeinsames Zertifikatshandelssystem für alle Branchen und Sektoren. Die

292 Volksrepublik China ist als Schwellenland noch viel mehr auf fossile
293 Brennstoffe angewiesen als Europa. Ohne diese müssten viele Chinesen
294 empfindliche Einbußen ihres Lebensstandards erleiden. Für diese Problematik
295 muss eine Lösung gefunden werden.

296 **15. Freien Handel ermöglichen**

297 Die Volksrepublik China ist einer der wichtigsten Handelspartner
298 Deutschlands und der Europäischen Union. Der Handel mit dem Land ist immens
299 wichtig für viele Zweige unserer Industrie, nicht nur als Exportland,
300 sondern auch als Teil der Wertschöpfungskette. Konsumenten haben riesige
301 Vorteile durch den Import von chinesischen Waren. Dennoch wird zu viel
302 Handel durch gegenseitige Zollbeschränkungen verhindert, viele europäische
303 Firmen stehen in der Volksrepublik China unfairen Investitionsbedingungen
304 und Rechtsunsicherheiten gegenüber. Deshalb muss die Europäische Union
305 Verhandlungen zu einem Freihandelsabkommen mit der Volksrepublik China
306 eröffnen. Nur so kann ein ungestörter freier ökonomischer Austausch zum
307 Vorteil aller ermöglicht werden. Wir fordern, dass die EU folgende Aspekte
308 bei der Verhandlung berücksichtigt:

- 309 1. Ein soweit wie möglich gehender gegenseitiger Abbau von tarifären
310 Handelsbeschränkungen
- 311 2. Eine Einigung zu gemeinsamen Industrie- und Warenstandards, die die
312 Anforderungen des europäischen Konsumentenschutzes erfüllen
- 313 3. Investitionssicherheit für europäische Investoren in der Volksrepublik
314 China, dazu gehört eine Beendigung der Pflicht zu Joint-Ventures und
315 der Preisgabe geistigen Eigentums ausländischer Firmen-
316 Ungleichbehandlung von chinesischen und nichtchinesischen Firmen in
317 der Volksrepublik China
- 318 4. Um Klimapolitik mit marktwirtschaftlicher Vernunft umzusetzen, ist für
319 uns JuLis eine globale Anwendung des Emission Trading System (ETS) bis
320 2035 unumgänglich. Dieses ist die einzige Chance zur globalen
321 Etablierung eines wirksamen Mechanismus zur Filterung von
322 Treibhausgasen aus der Atmosphäre. Insbesondere gilt dies auch für die
323 Volksrepublik China. Ein Freihandelsabkommen mit der Volksrepublik
324 China, welches das ETS nicht enthält, soll von der EU nicht
325 ratifiziert werden.
- 326 5. Sicherstellung von Intellectual-Property-Rights
- 327 6. Klares Bekenntnis gegen Wirtschaftsspionage

328 **16. Sicherheitspolitik**

329 Die Volksrepublik China steht uns nicht in direkter militärischer
330 Konfrontation gegenüber, stellt uns aber als Deutschland und als NATO vor
331 dringende Herausforderungen. Deshalb muss das 2% Ziel, zu dem sich
332 Deutschland verpflichtet hat, möglichst schnell erreicht werden. Unsere
333 Streitkräfte müssen in die Lage gebracht werden, mehr sicherheitspolitische
334 Verantwortung zu übernehmen. So können wir auch unsere amerikanischen
335 Verbündeten entlasten, die so vermehrt Ressourcen für eine starke Präsenz
336 im asiatischen Raum haben. Auch darf die Gefahr, die von den Cyberkampf-
337 und -spionagekapazitäten der Volksrepublik China ausgeht, nicht
338 unterschätzt werden. Nachrichtendienste und Streitkräfte sind gefragt, die
339 Resilienz der deutschen Digitalinfrastruktur gegenüber Cyberangriffen zu
340 stärken. Dazu müssen Strategien gemeinsam mit unseren NATO-Verbündeten
341 entwickelt werden und entsprechende Mittel im Verteidigungshaushalt und bei
342 den Nachrichtendiensten bereitgestellt werden. Chinesische Militärbasen in
343 Vorderasien und auf dem afrikanischen Kontinent sind kritisch zu beäugen.
344 Der Schutz eigener Handelswege sowie der Kampf gegen den internationalen
345 Terrorismus darf nicht als Deckmantel verwendet werden, auf wirtschaftlich
346 kleine Staaten Druck auszuüben, für sie ungünstige Verträge mit der
347 chinesischen Regierung zu zeichnen. Eine über die Unterstützung eigener
348 Staatsbürger hinausgehende chinesische Militärpräsenz in Europa ist strikt
349 abzulehnen. Insbesondere lehnen die Freien Demokraten es ab, dass die
350 Bundeswehr und die Chinesische Volksbefreiungsarmee wie im Juli 2019
351 gemeinsame Manöver in Deutschland durchführen.

352 **17. Abrüstung**

353 Als globale Großmacht ist die Volksrepublik China ein zentraler Akteur,
354 wenn es um die Entwicklung neuer Waffensysteme geht. Deshalb muss die EU
355 umso stärker in einen Dialog mit der Volksrepublik China treten, wenn es um
356 Abrüstung geht. Vor allem das Thema "Letale Autonome Waffensysteme" muss
357 offensiv angesprochen werden. Das Ziel muss sein, einen gemeinsamen
358 Mindestkonsens bei der völkerrechtlichen Einordnung und bei den
359 Einsatzrestriktionen zu finden.

Begründung

Erfolgt mündlich.